



Bundessteuerverwaltung würde 11, 5 Milliarden Euro bringen

Pressemitteilung von Barbara Höll, Gesine Löttsch, 22. Februar 2008

„Dass die Länder Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt den innovativen Weg zu einer Bundessteuerverwaltung unterstützen wollen, ist ausdrücklich zu begrüßen“, so Gesine Löttsch, stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE.

„Der Widerstand der CDU-SPD-Koalition und einiger Ministerpräsidenten macht deutlich, dass diese kein Interesse an einer gut arbeitenden Steuerverwaltung haben“, kommentiert Barbara Höll, stellvertretende Vorsitzende.

„Jeden Tag zeigt sich mehr, dass es starke Kräfte gibt, die kein Interesse an einer gut arbeitenden Steuerverwaltung haben. Eine Kienbaum-Studie zeigt, dass die Einrichtung einer Bundessteuerverwaltung jährliche Mehreinnahmen von ungefähr 11,5 Milliarden EURO möglich machen würde“, so Höll weiter.

Gesine Löttsch kritisiert: „Hierbei geht es nicht nur um Verwaltungskosteneinsparungen, sondern auch um eine verbesserte Erfassung der Steuereinnahmen.“

Wenn der Bundesfinanzminister und einige Ministerpräsidenten kein Interesse an einer Bundessteuerverwaltung haben, dann verstärkt sich der Eindruck, dass man Steuerhinterziehern das Leben nicht zu schwer machen will“.